bnr.de
blick nach rechts

26. Jahrgang | 02 | 22. Januar 2009

Rechte Szene 2

Generalabrechnung
Die Vertreter der NS-Fraktion in der NPD wollen eine Molau-Partei bekämpfen.

Stabwechsel
DVU wählte neuen Bundesvorsitzenden – Dankeshymnen für den langjährigen Parteichef Gerhard Frey blieben aus.

Schlingerkurs
NPD und DVU treten bei der Kommunalwahl in Dortmund gegeneinander an – im Rhein-Erft-Kreis kandidiert ein DVUler gemeinsam mit einem exponierten NS-Anhänger.

Klares Feindbild
Die extreme Rechte instrumentalisiert den Militäreinsatz in Gaza zur Stimmungmache gegen Israel und Juden.

Seitenblick 6

Zwangsgeräumt
Knapp eineinhalb Jahre währte der rechte Spuk von „Narvik“ im Magdeburger Hundertwasserhaus – jetzt musste der „Thor-Steinar“-Laden umziehen.

Kümmerer und Hardliner
Rechtsextremisten in Berliner Bezirksverordnetenversammlungen – eine Studie zieht Bilanz.

Grauzone 8

Umstrittenes Mitglied
Der rechtslastige Publizist Rolf Stolz ist in den Reihen der Gewerkschaft ver.di unerwünscht.

Antisemitismus 9

Chronik des Hasses

Teil III.
Der „blick nach rechts“ dokumentiert antisemitische Vorfälle im zweiten Halbjahr 2008:

Lehrreiches Standardwerk
Ein Jahrbuch in 17. Folge.

Meldungen 12

Rechte Szene

Generalabrechnung

Die Vertreter der NS-Fraktion in der NPD wollen eine Molau-Partei bekämpfen.

Nachdem sich bisher vorwiegend die Gegner von NPD-Parteichef Udo Voigt öffentlich zu Wort gemeldet hatten, rühren sich nun auch Unterstützer vom NS-Flügel. Sie fürchten um ihren Spielraum in einer Molau-NPD.

Der erste NPD-Politiker, der sich öffentlich und namentlich hinter Voigt stellte, war der sächsische Landtagsabgeordnete Peter Klose. Wenn Molau von einem „Wettbewerb unterschiedlicher konzeptioneller Vorstellungen" spreche, trage dies „den Keim der Spaltung in sich", erklärte Klose in einem gemeinsam mit seinem Mitarbeiter Christian Bärthel unterzeichneten Papier. Bärthel, dem unterstellt wird, Klose bei dieser Erklärung die Feder geführt zu haben, hatte sich bislang vor allem als selbst ernannter „Sachwalter des Deutschen Reiches" und Anhänger der obskuren „Kommissarischen Reichsregierung" einen Namen gemacht. Voigts großes Verdienst sei es gewesen, „verschiedene Lager zusammengehalten" zu haben, schreiben die beiden. Der „grauen Eminenz im Hintergrund" einer Voigt-Abwahl, gemeint ist Generalsekretär Peter Marx, sei die Einheit der Partei dagegen egal. Klose/Bärthel: „So vernahmen wir aus den Reihen des Bundesvorstandes, dass dieser Herr sogar mit Mitgliederverlusten von 2000 Mann kein Problem hätte."

Zur Generalabrechnung mit den Voigt-Gegnern setzte kurz darauf NPD-Geschäftsführer Eckart Bräuniger an. Ihm dränge sich der Verdacht auf, „dass es sich bei dem Mummenschanz der letzten Wochen und Monate um ein durch Peter Marx von langer Hand geplantes Musterstück politischer Intrige, persönlicher Niedertracht und Verarschung der Basis zugunsten eigener Vorteile" handele. Als Mittelsmänner von Marx nennt Bräuniger neben Holger Apfel, Sascha Roßmüller, Udo Pastörs und Stefan Köster auch den Leiter des Ordnerdienstes Manfred Börm und den saarländischen Landeschef Frank Franz, die bisher eine öffentliche Festlegung vermieden hatten. Es gehe um einen „Richtungs- und Personalstreit, der nach dem Willen des Gegenkandidaten und seiner Unterstützer zu einer Öffnung der NPD in Richtung nationalliberaler und nationalkonservativer Kräfte führen soll", warnt Bräuniger als Exponent des NS-Flügels. Welche Werte er in der NPD durch solche „Kräfte" unter anderem bedroht sieht, verrät er, wenn er eine „erkennbare Liberalisierung der Parteimitgliedschaft gegenüber Hochstaplern, Homosexuellen, Juden und Ausländern" beklagt. Bekämpft werde, wer Deutschland bekämpfe, droht Bräuniger. „Diesen Kampf behalten wir uns momentan noch vor, in der NPD zu führen." Man habe „jedoch auch kein Problem damit, die Partei zu verlassen und diese dann direkt zu bekämpfen", wenn sie aus seiner Sicht auf Abwege gerate.

Unterstützung erfährt Bräuniger seinen Worten zufolge aus Berlin und Brandenburg. Diese NPD-Landesverbände dürften aktuell mit denen aus Thüringen, Nordrhein-Westfalen, Hamburg und wahrscheinlich Schleswig-Holstein zu den Voigt-Befürwortern zählen. Der NRW-Landesvorstand empfahl bei einer Tagung am 18. Januar „ohne Gegenstimme" und „aus jetziger Sicht" seinen Delegierten, erneut für Voigt zu stimmen.

Auf die Palme gebracht hat die NS-Fraktion unter anderem Molaus angekündigtes Bemühen um „bürgerlich-konservative" Wähler. Der Voigt-Kontrahent hatte zum Beispiel öffentlich die Absicht ventiliert, die „pro"-Gruppierungen am „Deutschland-Pakt" zu beteiligen. Doch von den „Rechtspopulisten", in einer Analyse des NRW-Verfassungsschutzes gerade eben erstmals explizit als rechtsextremistisch eingeordnet, kam die erwartete Absage. Der „pro"-Vorsitzende Markus Beisicht empfahl Molau, er möge sich auf seine Tätigkeit als „Insolvenzverwalter" der „völlig abgewirtschafteten" NPD konzentrieren. Mit einer solchen Antwort dürfte Molau gerechnet haben. Und so gelang ihm mit seinem Vorstoß zweierlei: Offenheit gegenüber anderen, gemäßigteren Rechtsaußengruppierungen zu signalisieren und – nachdem die erwartete Absage gekommen war – Standfestigkeit zu demonstrieren. „Mit einem Kurs, wie er in der letzten Erklärung zum Ausdruck kommt, wird Beisicht dort landen, wo Schlierer bereits angekommen ist: Im politischen Niemandsland", antwortete Molau auf Beisichts Absage. Dem Vorwurf der NS-Fraktion in seiner Partei, dass eine Molau-NPD genau dort, im politischen Niemandsland, enden würde, wird er dadurch freilich nicht entgehen. *Tomas Sager*

Stabwechsel

DVU wählte neuen Bundesvorsitzenden – Dankeshymnen für den langjährigen Parteichef Gerhard Frey blieben aus.

Sichtlich bewegt nahm Frey Abschied vom DVU-Vorsitz. Seine letzten Worte vor dem Abtritt: „Für die Kinder und Kindeskinder: Wenn sie später fragen: Hast du was für Deutschland getan?, können wir sagen: Ja!". Unter anhaltendem Applaus überreichte ihm der neue Vorsitzende Matthias Faust, bisher Bundesorganisationsleiter, den üblichen Blumenstrauß. Das war's.

„Deutschland soll Deutsch sein. DVU", klebte an der Eingangstür der leicht heruntergekommenen Gaststätte „Nordmann" in der sachsen-anhaltischen Kleinstadt Calbe an der Saale. Die Amtsübergabe fand ohne Pomp statt. Groß angekündigt hatte die DVU, die bundesweit rund 7000 Mitglieder hat, den Personal- und Generationswechsel nicht. Allerdings war klar, dass sich der 75-jährige Partei-Patriarch nicht mehr zur Wahl stellen wollte. Lange brauchten die rund 160 Mitglieder und Gäste für die Formalia zu den Wahlen. Das Ergebnis: Mit 120 von 147 abgegebenen Stimmen wurde der Hamburger DVU-Chef Faust zum neuen Bundesvorsitzenden gewählt.

22 Jahre hatte Frey der DVU autokratisch vorgestanden. Auf den Stühlen und Bierbänken saßen viele ihm ergebene Mitglieder, die wohl wegen ihm der Partei die Treue hielten. Vor allem Männer zwischen 40 und 60 Jahren hatten sich im schmucklosen Saal eingefunden, an den Wänden hingen wenige Transparente „DVU – Deutsche Volksunion". In der Ecke an der Theke standen ein paar Jugendliche mit Palästinensertüchern.

Warum der Abschied von Gerhard Frey an diesem unscheinbaren Ort in der sachsen-anhaltinischen Provinz stattfand, ist schwer zu ergründen. „Das hat keinen besonderen Grund", sagte der DVU-Landeschef Ingmar Knop aus Dessau, der zum Bundesvize gewählt wurde. In Calbe hatte die DVU schon 2005 einen Parteitag abgehalten. Auf Verkaufstischen lagen Publikationen aus dem Frey-Verlag zu angeblichen jüdischen Machteinflüssen und beschönigende Nazi-Biographien aus. Seit dem Abitur habe der fast 76-jährige Frey sich für die „nationale Bewegung" engagiert, wird im Saal ehrfurchtsvoll erzählt. Der Multi-Millionär aus München baute neben der DVU die „National-Zeitung" zu einer auflagenstarken rechtsextremen Zeitung aus, mit einer umfassenden Buch- und Verlagsstruktur im Hintergrund. Im „Nordmann" in Calbe fand jedoch keine glanzvolle Verabschiedung des allmächtigen Finanziers der Partei statt. Es fiel auch auf, dass hohe Parteifunktionäre der NPD sich nicht sehen ließen.

Für den neuen DVU-Chef war dieser Parteitag kein symbolträchtiger Beginn seiner Amtszeit. Die DVU befindet sich im Abwind. 1998 hatte sie bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt nach einem materialintensiven Wahlkampf mit 12,9 Prozent der Stimmen 16 Mandate erlangt. Die Fraktion scheiterte aber an ihrem schwachen und zerstrittenen Personal und an der Abhängigkeit von Gerhard Frey.

Am Rednerpult bemühte sich Matthias Faust, Zuversicht auszustrahlen. „Wir werden wieder aktiver", versprach er. Im Alter von 30 Jahren hatte der 37-jährige die CDU verlassen, ging zunächst zu den Republikanern, dann zur NPD und landete schließlich bei der DVU, an deren Spitze er nun steht. In Calbe gab er gleich die Linie vor: Der „Deutschland-Pakt" mit der NPD solle eingehalten werden. Er selbst pflegt die Kontakte – auch zur Kameradschaftsszene. „Republikanern und der Pro Bewegung reichen wir aber die Hand", betonte er. Faust erklärte, die DVU wolle sich auf die Kommunalwahl in Dortmund, wo sie in Fraktionsstärke im Stadtparlament sitzt, und auf die Landtagswahlen in Brandenburg konzentrieren. Im brandenburgischen Landtag ist die DVU in der zweiten Wahlperiode als Fraktion vertreten. Die DVU verzichtet darauf, bei der Landtagswahl in Thüringen anzutreten und überlässt den Rechts-Kameraden von der NPD das Feld. Die Europawahl im Juni solle stattdessen ein weiterer Schwerpunkt werden, kündigte Faust an. Die brandenburgische DVU-Fraktionschefin Liane Hesselbarth wurde zur Spitzenkandidatin gekürt. Am Geld sollte es nicht scheitern, heißt es.

Ob die Partei auch in Zukunft auf Freys Vermögen setzen kann, ohne dass er die Macht hat, möchte die Bundesführung nicht preisgeben. „Die DVU steht nicht vor dem Ausverkauf", versicherte Faust. Und: „Herr Frey wird uns weiterhin eng begleiten." Was auch immer das heißen mag.

Andreas Speit

Schlingerkurs

NPD und DVU treten bei der Kommunalwahl in Dortmund gegeneinander an – im Rhein-Erft-Kreis kandidiert ein DVUler gemeinsam mit einem exponierten NS-Anhänger.

Kaum ein paar Tage im Amt, muss sich der neue DVU-Vorsitzende Matthias Faust mit der Arbeit seines größten Landesverbandes Nordrhein-Westfalen beschäftigen. In Dortmund will der Deutschland-Pakt-„Partner" NPD der DVU Konkurrenz bei der Kommunalwahl im Juni machen. Und im Rhein-Erft-Kreis bändelt Landesvize Andreas Höveler mit einem bekennenden Neonazi an.

Der erfolgreich praktizierte Deutschland-Pakt zwischen NPD und DVU werde bei der Kommunalwahl in NRW fortgeführt, berichtete die nordrhein-westfälische NPD im März letzten Jahres, nachdem sich Vertreter beider Parteien angeblich darauf verständigt hatten, welche Partei in welcher Region antreten würde. Auch DVU-Landeschef Max Branghofer war zufrieden: Es sei „eine logische Konsequenz", das Projekt Deutschland-Pakt „auch auf die Kommunalwahlen zu übertragen". Doch ausgerechnet in Branghofers Heimatstadt platzen die Wahlabsprachen offenbar.

Danach hatte es lange nicht ausgesehen. Einträchtig führen NPD und DVU dort zwischen 2006 und 2008 gemeinsam Infostände durch. Im März 2007 gab die NPD gar die Parole „Kommunalwahl 2009, Bundestagswahl 2009 – DVU für Dortmund und NPD für Deutschland wählen" aus. Im November 2007 benannten die drei DVUler im Stadtrat den NPD-Kreisvorsitzenden Siegfried Schwerdtfeger als ihren Vertreter in einem Fachausschuss. Doch der Honeymoon ist schon wieder vorüber. Die NPD startete Anfang Januar ihren eigenen Kommunalwahlkampf. Ziel sei „eine starke NPD-Fraktion im Rat und in den Bezirksvertretungen". Kern der Auseinandersetzung war offenbar der Streit über die Besetzung der Listenplätze. Die NPD soll mit ihrer Forderung, einen der ersten drei Kandidaten stellen zu dürfen, bei der DVU auf taube Ohren gestoßen sein.

Damit kommt die NPD der DVU nicht irgendwo in die Quere, sondern in deren letzter Bastion in Westdeutschland. Zumal nach dem Parteiaustritt ihres Bremer Bürgerschaftsabgeordneten Siegfried Tittmann hatte die Dortmunder Drei-Mann-Fraktion um Bundesvorstandsmitglied Branghofer an Bedeutung gewonnen. Ihre Arbeit ist auch finanziell einträglich: 2008 standen den DVUlern neben den Aufwandsentschädigungen von mehr als 30 000 Euro auch 41 000 Euro als Fraktionszuschuss zu. Gut möglich, dass bei einem getrennten Antritt beider Parteien der Fraktionsstatus verloren geht und so die DVU auf üppige Förderung, Antragsrechte und Büro wieder verzichten muss.

Dass die DVU bei der Landtagswahl in Thüringen der NPD den Vortritt würde lassen müssen, damit hatte man seit Monaten gerechnet. Zu schwächlich agierte dort der eigene Landesverband. Zu wahrscheinlich wäre ein Misserfolg gewesen – ähnlich dem in Sachsen-Anhalt 2006, als die DVU klar an der Fünf-Prozent-Hürde scheiterte. Dass aber die NPD der DVU gerade in einer Stadt, in der sie seit 1999 im Rat vertreten ist, Konkurrenz macht, bedeutet keinen guten Start für Faust.

Erweisen muss sich auch, ob unter dem neuen Vorsitzenden die bislang zumindest verbal beschworene Abgrenzung zum offenen Neonazismus – offiziell immer noch in die Formel „Ja zum Grundgesetz – Nein zu Nazismus und Neonazismus" gebracht – Bestand hat. Im Rhein-Erft-Kreis westlich von Köln kandidiert DVU-Landesvize Andreas Höveler auf Listenplatz 2 gemeinsam mit dem Neonazi Axel Reitz auf Platz 3 für die NPD. Zwar haben auch in der Vergangenheit DVU-Politiker neben „Parteifreien" auf NPD-Listen gestanden – doch kaum jemals handelte es sich dabei um so exponierte NS-Anhänger wie im Fall Reitz. Dass eine neue Unbefangenheit im Umgang mit noch weiter rechtsaußen stehenden Gruppen und Personen unter Faust üblich werden könnte, darauf deutet ein Interview hin, das der neue DVU-Vorsitzende wenige Tage nach seiner Wahl dem Neonazi-Portal „Altermedia" gab. „Wir müssen einen größtmöglichen Abstand zum Nazismus und Neonazismus halten", hatte Gerhard Frey einst dekretiert. Unter Faust scheint das nicht mehr zu gelten. Im Fall des Rhein-Erft-Kreises ist gar der „größtmögliche Abstand" auf die Differenz zwischen dem zweiten und dem dritten Listenplatz geschrumpft. Reitz jedenfalls freute sich: Faust stehe „für unverkrampfte Zusammenarbeit mit anderen nationalen Kräften und einem Abbau der unter Gerhard Frey kultivierten Abgrenzung zu radikaleren Kreisen".

Tomas Sager

Klares Feindbild

Die extreme Rechte instrumentalisiert den Militäreinsatz in Gaza zur Stimmungmache gegen Israel und Juden.

Für die rechtsextreme Szene waren die Militäreinsätze Israels in Gaza ein willkommener Anlass, unverhohlen antisemitisches und antiisraelisches Gedankengut zu verbreiten. Hier scheut man sich auch nicht, dafür die Opfer der NS-Zeit zu instrumentalisieren. So hat die Berliner NPD ausgerechnet für den 27. Januar, dem Holocaust-Gedenktag, eine Mahnwache „Stoppt den israelischen Holocaust im Gaza-Streifen“ angekündigt. „Auch Bemühungen um einen Waffenstillstand, welche die Weltbevölkerung beruhigen sollen, können nicht verschleiern, dass es sich beim israelischen Krieg um einen Vernichtungsfeldzug handelt. Wir setzen uns gegen Fremdherrschaft in unserem eigenen Lande zur Wehr und anerkennen das Recht der Palästinenser auf einen eigenen Staat ohne israelische Bevormundung und Gängelung.“, heißt es in dem Aufruf.

Als „Narrenfreiheit für Tel Aviv“ beklagte die NPD-Pressestelle die militärische Offensive Israels, der bekanntlich Raketen-Dauerbeschuss durch Islamisten aus Gaza vorausgegangen war. In dem Text unterstellt der Autor Kersten Radzimanowski, vormals Kader der DDR-CDU, dem israelischen Staat, die Palästinenser „vernichten“ zu wollen. Die Raketenangriffe gegen Israels Zivilbevölkerung tut Radzimanowski als „Nadelstiche“, ab „die eher als Frustreaktion, denn als ernsthafte Bedrohung zu werten“ seien. Der „israelische Krieg“, so eine Stellungnahme der bayerischen NPD, sei „in seiner Vehemenz ein unvergleichbares Verbrechen“ und deshalb müsse der „Protest gegen die israelischen Kriegsverbrechen ... alle Partei- und Ländergrenzen überschreiten“.

Die bayrischen Nationaldemokraten solidarisierten sich mit einem Aufruf des „Bundesausschusses Friedensratschlag“, „auch wenn es sich dabei um eine linke Organisation handelt“. Ganz in diesem Sinne marschierten die „Freien Nationalisten Bremen“ bei einer von linken palästinensischen Kreisen organisierten Demonstration in Bremen mit. In einem Statement erklärten die Neonazis: „So lange Israel wehrlose Menschen, Kinder, Frauen und Greise misshandelt und tötet, so lange Zionisten mit Hilfe ihres hörigen Vasallen USA die Existenz der letzten freien Völker dieser Erde vernichten, so lange werden wir mit unseren muslimischen Brüdern gemeinsam kämpfen!“

Die neonazistische Truppe „AG Rheinland“ gibt sich aktionsorientiert. Die Neonazis verraten, dass die „israelische Militäroffensive gegen das palästinensische Volk“ in Pulheim „nicht unbeantwortet“ geblieben sei: Demnach wurden „an mehreren Wänden“ in Pulheim „Parolen wie ‘Stoppt Israel’, ‘Freiheit für Palästina’ oder ‘Juden raus aus Gaza’“ angebracht. Ganz im befreiungsnationalistischem Jargon stellen die Neonazis die rhetorische Frage: „Würdest DU Dich (..) nicht auch auflehnen gegen diese Besatzer, die Dein Volk zu einem geknechteten Volk im eigenen Land machen.“, und gaben dazu postwendend die Antwort: „Würdest Du Dich dann nicht auch etwa einer Organisation wie der Hamas anschließen, die sich für die Freiheit Deines eigenen Volkes einsetzt und diese Zustände ändern will? Würdest Du nicht auch gegen diese Besatzer kämpfen? WIR würden es!“

In ihrem Hass gegen Israel nehmen Rechtsextremisten auch immer wieder die Medien ins Visier. So verbreitete die NPD-Pressestelle eine Erklärung von Olaf Rose, dem außenpolitischen Sprecher der Partei. Darin lamentiert Rose über „die in starkem Maße von jüdischen Interessen beeinflusste Medienpolitik“. Die österreichische Nationale Volkspartei (NVP) beklagte sich in einem „Offenen Brief an die westlichen Regierungen und die so genannte Wertegemeinschaft“ über die „einseitige Schuldzuweisung an die palästinensische Hamas durch Eure verlogenen Medien“. Dies sei „ein Kniefall vor dem zionistischen Verbrecherregime der israelischen Bourgeoisie“.

Aber auch die österreichischen Freiheitlichen positionieren sich extrem antiisraelisch. FPÖ-Generalsekretär Harald Vilimsky stellte in einer Presseerklärung fest, dass das „Schweigen der westlichen Staatengemeinschaft zur israelischen Aggression im Gaza-Streifen ... blamabel“ sei. „Die EU und die USA“, seien, so der FPÖ-Spitzenpolitiker, „offensichtlich nur noch Lobbyorganisationen der Israeli und verurteilen den Blutzoll an einer Zivilbevölkerung anders, nämlich gar nicht, wenn er von Israel ausgeht. Diese westliche Heuchelei stinkt zum Himmel“.

Anton Maegerle

Seitenblick

Zwangsgeräumt

Knapp eineinhalb Jahre währte der rechte Spuk von „Narvik" im Magdeburger Hundertwasserhaus – jetzt musste der „Thor-Steinar"-Laden umziehen.

Obwohl der Bundesgerichtshof noch nicht über eine Revision des Inhabers Uwe Meusel gegen ein Räumungsurteil des Oberlandesgerichts Sachsen-Anhalt in Naumburg entschieden hat, hat der Besitzer des Hundertwasserhauses dieses Urteil jetzt vorläufig vollstreckt. Diese Möglichkeit war der Gero AG als Verwalter und Vermieter des Hauses in dem Urteil ausdrücklich eingeräumt worden. Nach Angaben von Gero-AG-Chef Frank Meyer musste sein Unternehmen, das sämtliche Immobilien des Katholischen Bistums Magdeburg verwaltet und vermarktet, lediglich eine Sicherheitsleistung „im niedrigen fünfstelligen Bereich" bei Gericht hinterlegen.

Die Zwangsräumung war für Meyer so etwas wie ein letzter Ausweg, denn zahlreiche andere Geschäftsmieter hatten bereits ihre Mietzahlungen gekürzt oder sogar mit außerordentlicher Kündigung ihrer Mietverträge gedroht, weil sie wegen der zumeist sehr auffälligen Kundschaft des Meusel-Geschäfts „Narvik" und der vor dem Laden immer wieder stattfindenden Demontrationen und Kundgebungen um ihre Umsätze fürchteten.

Bislang war die Uwe Meusel Factory GmbH in den meisten Fällen erfolgreich gegen Räumungsklagen gegen ihre Läden vorgegangen. Zwar hatten die Vermieter immer wieder vorgebracht, dass „Thor-Steinar"-Bekleidung bevorzugt von Angehörigen der rechtsextremen Szene getragen wird, da sie aber nicht verboten ist, sei ihr Verkauf rechtlich auch nicht zu beanstanden, befanden die Richter zumeist. In Magdeburg hat Meusel den Bogen aber offenbar überspannt, hier lag der Fall anders.

Meusel hatte bei Abschluss des Mietvertrages sein Warenangebot lediglich als „jugendbetonte Outdoor-Bekleidung" bezeichnet und vor Gericht in zwei Instanzen geltend gemacht, dass er seitens der Gero AG schließlich nicht über das konkrete Marken-Sortiment befragt worden sei.

Schon Anfang 2008 hatte die 5. Zivilkammer des Magdeburger Landgerichts darin eine „arglistige Täuschung" gesehen und der Räumungsklage der Gero AG stattgegeben. Damit habe Uwe Meusel, der die Marke „Thor Steinar" im Brandenburgischen auch produziert, „gegen Treu und Glauben verstoßen".

Die Gero-AG hatte sich in dem Verfahren darauf berufen, dass der Verkauf der umstrittenen Marke – ganz gleich, ob strafrechtlich zu beanstanden oder nicht – in völligem Widerspruch zur Hundertwasserhaus-Konzeption, entworfen von einem jüdischen Künstler und vermarktet von einer Firma der Katholischen Kirche, stehe.

Das Oberlandesgericht in Naumburg hatte sich, ebenso wie zuvor das Landgericht Magdeburg, im Oktober 2008 dieser Agumentation angeschlossen und das Räumungsurteil der Vorinstanz bestätigt, jedoch Revision beim Bundesgerichtshof zugelassen, das Urteil gleichwohl für vorläufig vollstreckbar erklärt.

Tatsächlich hat Meusel Ende vorigen Jahres Revision beantragt. An deren Erfolg glaubt er aber wohl selbst nicht. Denn unmittelbar nach der Zwangsräumung eröffnete er an einem weniger hervorgehobenen Standort in einem anderen Magdeburger Stadtteil sein Geschäft „Narvik" neu. Der Besuch des Gerichtsvollziehers traf ihn also offenbar nicht unvorbereitet.

Die Bestätigung des Räumungsurteils der Vorinstanz durch das Oberlandesgericht Sachsen-Anhalt hingegen verwundert zumindest ein bisschen. Denn eben dieses Gericht hat vor nicht allzulanger Zeit ein sachsen-anhalt-weit geltendes Verbot des so genannten alten „Thor-Steinar"-Logos aufgehoben. Dieses Verbot galt seit einem Landgerichtsurteil in Sachsen-Anhalt bereits seit geraumer Zeit. Eine Vergleichbarkeit des Logos mit NS-Runen vermochten die OLG-Richter nicht zu erkennen. Die juristische Beurteilung des alten Logos wird in den Bundesländern unterschiedlich gehandhabt. Seit dem Urteil der Naumburger Richter darf Bekleidung mit dem alten „Thor-Steinar"-Logo, die übrigens auch von Meusel produziert wird, jetzt auch in Sachsen-Anhalt wieder öffentlich getragen werden.

Eberhard Löblich

Kümmerer und Hardliner

Rechtsextremisten in Berliner Bezirksverordnetenversammlungen – eine Studie zieht Bilanz.

Seit September 2006 sind die demokratischen Parteien in mehreren Bezirksverordnetenversammlungen (BVVs) der Stadt Berlin mit der Präsenz von rechtsextremen Parteien konfrontiert. Nach der Kommunalwahl im September 2006 erreichte die NPD mit jeweils drei Mandaten Fraktionsstärke in den Ostberliner Bezirken Lichtenberg, Treptow-Köpenick und Marzahn-Hellersdorf. Zwei Verordnete ohne Fraktionsstatus konnte die NPD in die Bezirksvertretung in Neukölln entsenden. Ein Mitglied der Republikaner vertritt seine Partei im Bezirk Pankow.

Nun hat vor wenigen Wochen nach zwei Jahren Tätigkeit von Rechtsextremisten in den Bezirksverordnetenversammlungen das Projekt „Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in kommunalen Gremien Berlins – Dokumentation und Analyse“ des Vereins für Demokratische Kultur die Studie „Berliner Erfahrungen“ vorgelegt. Ausgewertet wurden dabei die Aktivitäten der NPD in den kommunalen Gremien sowie der Widerstand ihrer demokratischen Widersacher in den Bezirksvertretungen. Der für die Republikaner in der BVV Pankow sitzende Tiefbau-Facharbeiter Michael Rauschenbach lohnt nicht sonderlich der weiteren Beachtung.

Rechtsextreme Mandatsträger und Fraktionen in Parlamenten gelten in der Öffentlichkeit gemeinhin als unfähig und inkompetent zum Gestalten von Politik. In Berlin kann hiervon bei den elf Abgeordneten, die über die NPD-Listen zu ihren Ämtern gekommen sind, nicht gesprochen werden, auch wenn die NPD in Marzahn-Hellersdorf ihren Fraktionsstatus aufgrund des zunächst nicht bei den Sitzungen erschienenen und dann ausgetretenen Verordneten Wolfgang-Dieter Chiebusch verlor. Teilweise haben manche der durch die NPD gestellten Anträge immer noch erhebliche fachliche und sprachliche Mängel, es muss aber von einem Zugewinn an (kommunal-) politischer Kompetenz innerhalb der letzten zwei Jahre gesprochen werden. Insgesamt stellte die Partei in dieser Zeit 111 Anträge, 85 kleine Anfragen, 54 mündliche Anfragen und 19 große Anfragen.

Das strategische Vorgehen und die Zielsetzung in der kommunalpolitischen Tätigkeit entspricht dem, was auch in anderen Bundesländern sowie in den Landtagen von Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern zu beobachten ist. In einer „Doppelstrategie“ gibt man sich einerseits als Anwalt der „kleinen Leute“, für die sich die Kümmerer der NPD einsetzen, andererseits wird mit bewussten Tabubrüchen und Geschichtsrevisionismus die eigene rechtsextreme Klientel bedient. Für die populistische Schiene steht beispielhaft der Antrag des NPD-Verordneten in der BVV Marzahn-Hellersdorf, einen Mindestlohn von 10 Euro für Erwerbsarbeit einzuführen. Eine Forderung, die den Gestaltungsrahmen kommunaler Gremien klar überschreitet. Als Beispiel für das bewusste Inszenieren von geschichtspolitischen Tabubrüchen lässt sich hingegen die Forderung einer Umbenennung des nach einem Antifaschisten benannten Anton-Saefkow-Platzes in Waldemar-Pabst-Platz anführen. Waldemar Pabst war für die Ermordung Rosa Luxemburgs verantwortlich. Der BVV-Verordnete in Lichtenberg und Landesvorsitzende der NPD rechtfertigte in seiner Rede vor der BVV die Tötung Luxemburgs als „mutigen Einsatz“.

Die personelle Aufteilung der Arbeit in den BVV in Kümmerer einerseits und rechtsextreme Hardliner anderseits lässt sich ebenfalls in den anderen Berliner NPD-Fraktionen beobachten. So bemüht sich in der BVV Treptow-Köpenick Fritz Liebenow um ein kommunalpolitisches Image, während Eckard Bräuniger durch provokante Äußerungen das Spektrum des aktionsorientierten Rechtsextremismus anspricht.

Abgestimmt wird das Verhalten der NPD Mandatsträger bundesweit in der „kommunalpolitischen Vereinigung“ sowie in vierteljährlichen Berliner Austauschrunden. Sichtbares Produkt dieser Treffen sind identische beziehungsweise thematisch ähnlich gelagerte Anträge. Diese Anträge, wie etwa der nach Umbenennung der Beauftragten für Integration in „Beauftragte für Ausländerrückführung“, der in den verschiedenen BVVen gestellt wurde, sollen aus den NPD-Landtagsfraktionen stammen und dann durch die Kommunalvertretungen wandern.

Fabian Kunow

Die Studie ist erhältlich beim Verein demokratische Kultur in Berlin, E-Mail: info@vdk-berlin.de; www.vdk-berlin.de zum downloaden.

Grauzone

Umstrittenes Mitglied

Der rechtslastige Publizist Rolf Stolz ist in den Reihen der Gewerkschaft ver.di unerwünscht.

An der Mitgliedschaft des „Junge Freiheit“-Autors Rolf Stolz scheiden sich die Geister im Verband deutscher Schriftsteller (VS) in der Gewerkschaft ver.di: Während die einen seinen Ausschluss gemäß Satzung fordern, wollen die anderen die „Freiheit des Wortes“ verteidigen und rechte Positionen tolerieren. „Muss der VS auch Mitglieder dulden, die Thesen äußern, die als ausländerfeindlich, rassistisch und islamophob gelten können oder gar als Verharmlosung der NS-Geschichte?“, fragte die Schriftstellerin und Ex-Vorsitzende des VS Köln Eva Weissweiler in der ver.di-Zeitschrift „Kunst + Kultur“.

Gemeint ist der Autor Rolf Stolz, Kolumnist der „Jungen Freiheit“, des Scharnierorgans zwischen Ultrakonservativen und extrem Rechten. Stolz machte in den vergangenen Jahren vor allem als rigoroser „Islamkritiker“ von sich reden. Er zieht mit Büchern über den „Vormarsch des Islam in Europa“ gegen die „langsame Entmachtung und Überfremdung der Deutschen“ im „multiunkulturellen Chaos-Staat“ zu Felde.

Aber das ist noch nicht alles: Stolz hält Vorträge vor Burschenschaften wie „Germania“ und „Danubia“, bei der auch der mehrfach verurteilte Holocaust-Leugner und Antisemit Horst Mahler ein gern gesehener Gast ist. 1997 trat der Mitgründer der Grünen auf dem Wartburgfest der „Deutschland-Bewegung“ auf, in deren Veröffentlichungen, laut bayerischem Landesamt für Verfassungsschutz, „ein demokratiefeindliches, die Volkssouveränität ablehnendes und rassistisch geprägtes Deutschland“ gefordert werde. In seiner Festrede klagte Stolz nicht nur wortreich über das „Ausländerproblem“, er prangerte auch den „von Massakern begleiteten Raub des deutschen Ostens durch die polnischen, tschechischen und russischen Sozialfaschisten“ nach dem Zweiten Weltkrieg an.

Extreme Abneigung empfindet Stolz vor allem gegen „rotlackierte Nazis“ (Antifaschisten) und „Gutmenschen“, die es duldeten, dass der politische Islam „über vorwärtsrollende Kinderwagen, Missionserfolge (nicht nur unter frisch verhüllten deutschen Ehefrauen), Feigheit der Nicht-Muslime und Verrat der professionellen Islam-Versteher“ langfristig droht, die Macht in Deutschland zu erobern. Und er bezichtigt „Ausländer“, gleich nach ihrem Eintritt in den VS gefordert zu haben, „seinen unanständig-rassistischen Namen“ zu ändern. Tatsächlich sei damals ein solcher Antrag gestellt worden, stellt Eva Weissweiler richtig – allerdings von einem deutschen Kollegen, der aber keine Mehrheit gefunden habe.

Die Vorsitzende des VS Köln und Nordrhein-Westfalens Margit Hähner hingegen nimmt keinen Anstoß an Stolz’ Gesinnung. Sie verzichtet in ihrer Stellungnahme in der „Kunst + Kultur“ – die ver.di-Fachbereichsleitung hat sie dazu eingeladen – unter dem Titel „Wer sind wir und wenn ja, warum?“ auf jegliche Kritik an Rolf Stolz, dessen Name nicht einmal genannt wird. Stattdessen beruft sich Hähner auf das Verbandsprinzip – die „Freiheit des Wortes“. „Gesinnung zu prüfen, auf diese absurde Idee ist bisher – zum Glück! – niemand verfallen“, erklärt Hähner. Und sie regt an zu ermitteln, ob die landläufige Auffassung, Gewerkschaften hätten traditionell links ausgerichtet zu sein, überhaupt noch Bestand habe. Als Argument führt sie eine 2005 veröffentlichte Studie der FU Berlin an. Die hat nämlich ergeben, dass 19 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder in Deutschland eine rechtsextreme Gesinnung haben.

Eva Weissweiler und andere VS-Mitglieder hingegen fordern eine konsequente Einhaltung der ver.di-Satzung. In dieser verpflichtet sich die Gewerkschaft „zur Bekämpfung von faschistischen, militaristischen und rassistischen Einflüssen“. Für Personen, deren Betätigung im Widerspruch zu diesen Zielen steht, sieht die Satzung sogar einen Ausschluss vor. Dessen Durchsetzung sei jedoch, so der Vorwurf des Kölner Historikers Fritz Bilz, „permanent blockiert“ worden.

Während Rolf Stolz’ Anhänger auf rechten Internet-Portalen wie „Politically Incorrect“ gegen „die bolschewistische Pest samt ihren Helfern und Muselkolonnen“ mobilisieren und dem Schriftstellerverband „Islamisierung“ unterstellen, werfen diverse VS-Mitglieder – darunter die Schriftstellerin Ingrid Strobel – das Handtuch: Sie haben ihre Ämter niedergelegt oder sind ausgetreten.

Volker Stahl

Antisemitismus

Chronik des Hasses

Teil III.

Der „blick nach rechts“ dokumentiert antisemitische Vorfälle im zweiten Halbjahr 2008:

November 2008:

Zwischen dem 1. und 4. November schändeten Unbekannte ein Grab auf dem kleinen Jüdischen Friedhof in Lüchtringen, südlich von Holzminden (NRW). Der erst vor fünf Monaten restaurierte Grabstein aus dem Jahr 1854 wurde vollständig zertrümmert. (Neue Westfälische und Deister- und Weserzeitung v. 12.11.) In der Nacht zum 2. November wurde ein 35-jähriger Rabbiner in Berlin-Charlottenburg von zwei jungen Männern verbal antisemitisch beleidigt. (Welt Online v. 2.11./Welt v. 5.11.) In der Gemeinde Trusetal (Thüringen) wurde das Ehrenmal für den von den Nazis 1934 im KZ Börgermoor ermordeten jüdischen Sozialdemokraten Ludwig Pappenheim mit roter Farbe besudelt, über das Denkmal zudem ein Beutel gestülpt. (Freies Wort v. 5.11.) Das Amtsgericht Kassel verurteilte am 5. November den 62-jährigen Holocaust-Leugner Norbert Steinbach, Vorsitzender des „Bundes für echte Demokratie“ aus Vellmar, in erster Instanz wegen Volksverhetzung, Beleidigung und Verwendens von NS-Symbolen zu neun Monaten Gefängnis. (Frankfurter Rundschau v. 7.11.) Der sächsische NPD-Landtagsabgeordnete Jürgen Gansel veröffentlichte am 6. November auf der NPD-Homepage im Zusammenhang mit der US-amerikanischen Präsidentenwahl einen Beitrag mit der Überschrift „Afrika erobert das Weiße Haus“. Unter dem Stichwort amerikanische „Allianz von Juden und Negern“ griff Gansel unter anderem die jüdische Abstammung eines Beraters des Präsidenten auf, um so der Verfassungsschutz Sachsen, „NPD-typisch antisemitische Ressentiments zu verbeiten“. (www.npd.net eingesehen am 7.11./www.verfassungsschutz.sachsen.de, eingesehen am 7.11.) Bei einer NPD-Demonstration am 8. November in Fulda wurden Hassparolen gegen Israel gegrölt. (Fuldaer Zeitung v. 10.11.) Am Abend des 8. November verhöhnten rund 20 Neonazis in Recklinghausen bei einem Fackellauf die Opfer der Pogromnacht, Motto des Aufmarsches: „Scherben bringen Glück“. In Haltern wurde ein 18-Jähriger ermittelt, der in der Innenstadt Häuser und ein Ehrenmal mit antisemitischen Graffitis beschmiert haben soll. (www.wmtv-online.de v. 10.11.) In der Nacht zum 9. November wurde der Jüdische Friedhof in Wetter bei Marburg geschändet. Die 16 und 19 Jahre alten Täter, die von der Polizei als rechtsextrem eingestuft werden, warfen 25 Grabsteine um und rissen mehrere Meter des Zauns ein. (TAZ v. 13.11./Pressemitteilung der Polizei v. 13.11.) Unbekannte besprühten in der Nacht zum 9. November die Gedenktafel am Platz der ehemaligen jüdischen Synagoge in Randegg (Baden-Württemberg) mit weißer Farbe. Im benachbarten Öhninger Teilort Wangen wurde ein jüdischer Gedenkstein mit weißer Farbe besprüht. (Südkurier v. 11.11.) Unbekannte ritzten in der Nacht zum 9. November in die Fensterscheiben eines Geschäfts in Berlin-Weißensee elf Hakenkreuze. (ddp/Tagesspiegel online v. 9.11.) Sieben Neonazis, darunter Dieter Riefling, störten am 9. November eine interreligiöse Gedenkfeier mitsamt Marsch zum Jüdischen Denkmal. (Pressemitteilung der Polizei Hildesheim v. 9.11.) Rechtsextremisten störten am 9. November in Waren an der Müritz eine Gedenkfeier für ermordete Juden. Zuvor soll es bereits zu antisemitisch motiviertem Vandalismus im Umfeld eines Warener Geschäftshauses gekommen sein. (ddp v. 9.11./Nordkurier v. 10.11.) Nach Mitteilung der Polizei wurde ein Friedhof in Auenwald (Rems-Murr-Kreis) mit rechtsextremen Parolen, Hakenkreuzen und SS-Runen geschändet. In der Nähe waren an einer Straße Parolen wie „Juden raus“ oder „Holocaust – wir leugnen ihn“ auf einer Gesamtlänge von 80 Metern und einer Breite bis zu einem Meter angebracht. (ddp v. 10.11.) In Moers wurden am Abend des 10. November aus dem Vorraum der Aula des Mercator-Berufskollegs 20 Bildtafeln einer Ausstellung über den Holocaust gestohlen, die leeren Stellwände mit NPD-Flyern und Aufklebern verunstaltet. Am Boden lagen Hunderte von Handzetteln der NPD. (Rheinische Post online v. 11.11.) Der Südkurier berichtete am 11. November über Drohbriefe antisemitischen Inhalts, die der Jüdischen Gemeinde in Villingen-Schwenningen zugegangen sind. Darin wurde unter anderem das Verbot von jüdischen Organisationen in der Bundesrepublik gefordert. Unbekannte beschmierten am 11. November in Berlin-Friedrichshain eine Hauswand mit antisemitischen Parolen, Hakenkreuzen und anderer Hetze. (ddp/Tagesspiegel online v. 12.11.) Am 12. No-

vember drangen anlässlich einer Schülerdemonstration in Berlin bis zu 1000 Personen in die Humboldt-Universität ein. Mehrere Demonstranten beschädigten die Plakate der Ausstellung „Verraten und verkauft" zu jüdischen Unternehmen in der NS-Zeit, dabei sollen auch antiisraelische Äußerungen gefallen sein. Der Chef des Berliner Landeskriminalamtes sprach von antisemitischem Verhalten der Gewalttäter. (Spiegel online v. 12. u. 14.11./Welt v. 14.11.) Am 15. November wurde die Neue Wache in Berlin mit Davidsternen beschmiert. (Berliner Morgenpost online v. 16.11.) In Leipzig wurde ein Mann am 20. November auf der Straße von einem Neonazi als „Jude" beschimpft. (Zeit online v. 19.12.) Auf die Eingangstür der neu eröffneten Synagoge in Görlitz sprühten Unbekannte mit gelber Farbe ein Hakenkreuz und einen antisemitischen Spruch. (ddp v. 18.11.) In der Nacht zum 17. November wurden die Jüdischen Friedhöfe in Erfurt und Gotha geschändet. Die Täter beschmutzten den Eingang des Jüdischen Friedhofs in Erfurt mit roter Flüssigkeit, in Gotha spießten sie einen abgeschnittenen Schweinekopf auf das Friedhofstor und hängten eine antisemitische Parole auf. Der Eingangsbereich des Friedhofs wurde mit roter Farbe beschmiert. Als Tatverdächtige gelten drei polizeibekannte Rechtsextremisten im Alter von 30, 32 und 48 Jahren. (Thüringer Allgemeine online v. 18.11./Freies Wort v. 22.11./ dpa/Thüringer Allgemeine v. 4.12.) Der NPD-Landtagsabgeordnete Tino Müller machte in seiner Rede am 20. November im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern indirekt die Juden selbst für die Pogrome im November 1938 verantwortlich. Müller zufolge hatten „diese Sachen ... eine Vorgeschichte". Diese beginnen demnach im Jahr 1933, dort hätte „das Judentum Deutschland den Krieg erklärt", zitierte Müller aus einer Zeitung. (dpa/Ostsee-Zeitung v. 21.12.) Der Eigentümer des Internetcafes „Medienkombin@t" in Zossen (Brandenburg) wurde am 20. November handgreiflich, als vor seiner Kneipe ein Stolperstein verlegt wurde. (Märkische Allgemeine v. 21.11. und v. 26.11.) Am 20. November berichtete die Rheinische Post über die Schändung des Anne-Frank-Mahnmals in Duisburg. Das Mahnmal war in zeitlicher Nähe zur Pogromnacht von Unbekannten mit Salzsäure großflächig verätzt worden. (Rheinische Post v. 20.11.) Eine Polizeistreife stellte am 21. November fest, dass der Jüdische Gedenkstein in Schöneiche (Brandenburg) erneut geschändet wurde. (ddp v. 21.11.) In einem Aufruf zu einem „Totengedächtnis" mit Kranzniederlegung und Andacht in Bretzenheim (bei Bad Kreuznach) am 23. November wurde gegen „Spitzbubis aus dem Zentralrat" gehetzt, „die mit Lügen unser Volk überziehen" und „uns verächtlich als Grabschänder darstellen wollen". Presserechtlich verantwortlich zeichnete Wilhelm Herbi (Niederotterbach) von der Deutschen Partei, früher NPD-Landeschef in Rheinland-Pfalz. (bnr.de v. 12.11.) Ein 29-jähriger Mann wurde am 24. November vom Marburger Amtsgericht wegen Volksverhetzung in Tateinheit mit Verstoß gegen das Waffengesetz zu sechs Monaten Haft auf Bewährung verurteilt. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass der mit einem Schlagstock und Pfefferspray ausgerüstete Mann auf einem öffentlichen Platz in Marburg eine Flagge Israels verbrennen wollte. Er habe damit, so der Richter, „den Hass gegen die jüdische Bevölkerung anstacheln" wollen. (Hessisch-Niedersächsische Allgemeine v. 25.11.) In der Nacht zum 24. November wurde der Jüdische Friedhof in Eisenhüttenstadt geschändet. (dpa/Welt online v. 2.12,) Ende November wurde ein Video mit dem hessischen NPD-Funktionär Sascha Söder (Weilbach) öffentlich. Söder fragte in die Kamera: „Können wir nicht einfach alle Juden human erschießen? Das habe ich nicht als NPD-Mitglied gesagt. Rein als Privatperson. Aus meiner tiefen Abneigung ..." Weiter erklärte der Mainzer Student: „Zum Schluss noch ein paar Worte. Ceterum censeo: Israel sollte weggebombt werden." (NPD-Blog.Info v. 28.11.)

Dezember 2008:

Am 1. Dezember verurteilte das Weilheimer Jugendgericht einen 20-jährigen Ex-Soldaten wegen Volksverhetzung, gefährlicher Körperverletzung, Beleidigung und Hausfriedensbruch zu zehn Monaten Jugendstrafe auf Bewährung sowie 120 Sozialstunden. Bei einer Feier im Juni 2007 in einem Schongauer Lokal hatte er in Gesprächen mit anderen Gästen den Holocaust geleugnet und Parolen wie „Ausländer gehören vergast, Juden raus, Deutschland den Deutschen" gebrüllt. (Münchner Merkur v. 2.12.) In der Nacht zum 2. Dezember wurde eine Erinnerungsstätte an den Antisemitismus-Streit in Berlin-Steglitz mit schwarzer Farbe beschmiert. (dpa/Welt online v. 2.12.) Das Amtsgericht Springe verurteilte am 2. Dezember den 72-jährigen Rentner Arnold Höfs (Bennigsen) wegen Volksverhetzung zu einer Haftstrafe von

vier Monaten. Zudem muss Höfs 1500 Euro Strafe an die Stiftung niedersächsischer Gedenkstätten und die Gedenkstätte Bergen-Belsen zahlen. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass Höfs im Februar und März dieses Jahres revisionistische Schriften an mehrere Organisationen verschickt hatte. (bnr.de v. 4.12.) In der Nacht zum 3. Dezember wurde die erst am 9. November angebrachte Gedenktafel zur Erinnerung an ehemalige jüdische Bürger/innen im Braunfelser Stadtteil Bonbaden (Hessen) gestohlen. In der Nacht zum 1. Dezember hatten Unbekannte bereits die Tafel mit einem Hakenkreuz beschmiert. (Wetzlarer Neue Zeitung online v. 5.12.) Ein 22-jähriger Mann beleidigte am Abend des 12. Dezember in einem Bus in Berlin-Mahlsdorf einen 20-jährigen Fahrgast antisemitisch. Anschließend schlug er seinem Opfer mit der Faust ins Gesicht und trat ihm gegen den Kopf. Das Opfer kam mit Frakturen im Gesicht und einem Schädel-Hirn-Trauma zur stationären Behandlung ins Krankenhaus. (Welt v. 13.12.) In der Nacht vom 12. auf den 13. Dezember wurden in der Innenstadt von Ispringen (Baden-Württemberg) nationalsozialistische und rassistische Symbole geschmiert. In der Bahnhofsgasse wurde ein aufgemalter Judenstern entdeckt. (Pforzheimer Zeitung v. 16.12.) Beim Fußball-Achtelfinale im Landespokal in Schwedt nahm die Polizei am 13. Dezember 19 Personen vorübergehend fest. Sie hatten beim Fußballspiel zwischen dem FC Schwedt 02 gegen den SV Babelsberg 03 II antisemitische und fremdenfeindliche Parolen skandiert. (www.e110.de v. 14.12; http://gegenrede.info v. 16.12.) Am 17. Dezember störten Neonazis eine Gedenkveranstaltung zum Holocaust auf dem Marktplatz in Zossen. Auf ihrem Rückweg zum Bahnhof brüllten die Neonazis Parolen wie „Nie wieder Israel“. (Märkische Allgemeine v. 18.12.) In den Tagen vor dem 24. beschmierten die „Autonomen Nationalisten Güstrow“ mehrere Gebäude in der Güstrower Innenstadt mit antisemitischen Parolen. Besudelt wurde auch die ehemalige Synagoge. (Schweriner Volkszeitung vom 24.12.) Unter dem Motto „Sponti in Chemnitz – Freiheit für Palästina!“ marschierten am 31. Dezember Neonazis in Chemnitz auf. Demonstriert wurde gegen „Olmert und seine zionistische Bande“, die es geschafft habe, „vor allem die BRD in den Würgegriff zu nehmen“. (Erklärung der „Aktionsfront Mittelsachsen“ v. 31.12.).

Zusammenstellung: Anton Maegerle

Lehrreiches Standardwerk

Ein Jahrbuch in 17. Folge.

Das „Jahrbuch für Antisemitismusforschung“ versteht sich als Forum nicht nur für wissenschaftliche Beiträge zur Judenfeindschaft, sondern allgemein zur Minderheiten- und Vorurteilsforschung. Mittlerweile liegt die 17. Ausgabe vor, erneut von dem Historiker Wolfgang Benz im Auftrag des Zentrums für Antisemitismusforschung an der Technischen Universität Berlin herausgegeben.

Unter der Überschrift „Feindbild Islam und islamisierter Antisemitismus“ geht es ganz allgemein um Erscheinungsformen der Islamphobie als neues Phänomen der Vorurteilsforschung, um das politische Umfeld des umstrittenen „Islamkritikers“ Hans-Peter Raddatz und um die Islamfeindschaft im WWW anhand der Website „Politically Incorrect“, aber auch um antisemitische Einstellungen bei Jugendlichen mit arabischem und muslimischem Hintergrund. Im „Antisemitismus“-Kapitel finden sich Beiträge zur Judenfeindschaft im ersten Jugoslawien 1918 bis 1941, dem Stereotyp der jüdischen Finanzmacht in den japanischen Medien, dem Wirken zweier bedeutender Antisemiten im Wilhelminischen Kaiserreich. Danach folgen Aufsätze zur Gleichschaltung des Berliner Spar- und Bauvereins, eine Fallstudie zu dem „funktionalistischen Täterbild“ in der Prozessverteidigungsstrategie des SS-Mannes Friedrich Bosshammer und zur UNRRA-Universität im DP-Camp Deutsches Museum in München. Das Kapitel „60 Jahre Israel“ enthält einen Text zu den Beziehungen des ehemaligen Bundeskanzlers Helmut Schmidt zu Israel und den Juden. Die „Besprechungsessays“ behandeln unter anderem antisemitische Illustrationen im Bilderbuch „Kalif Storch“.

Erneut ist es Benz und seinen Mitarbeitern gelungen, ein materialreiches Jahrbuch zusammenzustellen. Bei den Beiträgen zur „Islamphobie“ vermisst man allerdings eine trennscharfe Unterscheidung von demokratisch motivierter Islamkritik und extremistisch orientierter Islamfeindschaft.

Armin Pfahl-Traughber

Wolfgang Benz (Hrsg.), Jahrbuch für Antisemitismusforschung 17, Berlin 2008 (Metropol-Verlag), 349 Seiten, 21,00 Euro.

Meldungen

Neonazis kontaktieren Schulen

Hannover – Das Bildungsministerium in Hannover hat jetzt in einem Rundschreiben Schulen davor gewarnt, mit einer neonazistischen Gruppierung in Kontakt zu treten. Die sich selbst als Freie Nationale Sozialisten bezeichnenden Aktivisten bieten eine Schulung von Eltern, Schülern und Lehrern zum Thema „soziale Defizite und politische Alternativen" an. Nach eigenen Angaben wurden aus diesem Grund 100 Schulen in Norddeutschland angeschrieben. Als Informationsmaterial wird ein Flyer mit dem Titel „Ausländer rein – wir sagen nein!" angepriesen. Dieser tauchte vor wenigen Tagen bereits in großer Stückzahl in Briefkästen der Stadt Rinteln auf. Als presserechtlich verantwortlich ist darauf Tobias Thiessen ausgewiesen mit einer Postfach-Kontaktanschrift im schleswig-holsteinischen Henstedt-Ulzburg. Der in Norderstedt beheimatete Thiessen zählt seit vielen Jahren zu den führenden Köpfen nicht parteigebundener Neonazikräfte und ist regelmäßig auf Demonstrationen zu sehen. Er nimmt auch in der Internetkommunikation unter den Freien Nationalisten im Norden eine tragende Rolle ein und gilt als Betreiber des so genannten „Aktionsbüros Norddeutschland". Die Staatsanwaltschaft Stade ermittelt nun wegen der Flyer. Sie sieht einen Anfangsverdacht bezüglich Volksverhetzung. (hf)

Rechtsextreme abgestraft

Wiesbaden – Die vorgezogene Landtagswahl in Hessen am 18. Januar bescherte den rechtsextremen Parteien durchwegs Einbußen. Die NPD erzielte wie 2008 ein landesweites Ergebnis von 0,9 Prozent (22.184 Wählerstimmen; minus 1.800) und blieb damit wieder unter der 1 Prozent-Marke. Drastischer verlief der Verlust der Republikaner, die mit 0,6 Prozent nur mehr 15.697 Wählerinnen und Wähler (2008: 1,0 Prozent, 27. 724 Stimmen) für sich verbuchten. In 17 Wahlkreisen (WK) schnitt die NPD überdurchschnittlich ab. Ihre besten Ergebnisse erzielte die NPD in den Wahlkreisen Wetterau II mit 2,4 Prozent (2008: 3,0) sowie Hersfeld (2,0%; 2,2). In weiteren 15 Wahlkreisen (WK) holte die NPD über 1 Prozent: WK Lahn-Dill I (1,5%; 1,5), WK Wetterau III (1,4%; 2,0), WK Frankfurt I (1,3%; 1,1), WK Groß-Gerau I (1,3%; 1,1) WK Schwalm-Eder II (1,3%; 1,3), WK Fulda II (1,2%; 1,2), WK Lahn-Dill II (1,2%; 1,3), WK Mainz-Kinzig III (1,1%, 1,1), WK Offenbach-Stadt (1,1%; 1,1), WK Rotenburg (1,1%, 1,3), WK Vogelsberg (1,1%, 1,0), WK Wetterau I (1,1%; 1,1), WK Darmstadt-Dieburg I (1,0%, 0,8), WK Main-Kinzig I (1,0%, 1,0) und WK Marburg-Biedenkopf I (1,0%, 0,9). Die Republikaner schafften dieses Mal lediglich in acht Wahlkreisen mehr als 1 Prozent, wobei sie dort überall ihr Ergebnis verschlechterten: WK Odenwald (1,5%, 2,1), WK Main-Kinzig II (1,4%; 1,8) und Mainz-Kinzig III (1,4%; 2,0), WK Groß-Gerau I (1,3%; 2,3), WK Offenbach-Stadt (1,2%, 2,1), WK Wiesbaden II (1,2%; 1,9), WK Rheingau-Taunus (1,1%; 1,3) sowie WK Frankfurt I (1,0%; 1,2). Mit rund 4.150 Wählerinnen und Wählern holte die obskure Politsekte Bürgerrechtsbewegung Solidarität einen Zugewinn von etwa 3.000 Stimmen, was sich aber nicht in ihrem mageren Endergebnis von 0,2 Prozent widerspiegelt. (bnr)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt (Mitglied des SPD-Präsidiums)

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)

Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 192

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 192

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030) 255 94 130
Fax: (030) 255 94 199
Mail: vertrieb@vorwaerts.de